

**ANT 056+57+58 neu (Initiativantrag)**

Antrag Nr.

**Jusos /Abt 03/11 (Mauerpark)**

**30.09.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Die Bundes-SPD stärker machen, Glaubwürdigkeit wiedergewinnen:  
Auftrag zur Opposition annehmen – echten Neuanfang wagen – für  
klare linke Politik eintreten!**

1 Das Wahlergebnis spricht eine klare Sprache: Die Große Koalition wurde abgewählt. Auch wir  
2 wollen nicht in einer Großen Koalition weitermachen. Nach vier Jahren teilweise fauler  
3 Kompromisse ist es jetzt Zeit für die SPD, wieder zu ihren Grundwerten zurückzukehren und die  
4 Menschen für ihren Entwurf von einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft zu  
5 gewinnen.

6  
7 Die Große Koalition hat zu einem Erstarken des rechten Randes geführt. Rassistischen  
8 Hetzer\*innen im Bundestag dürfen wir nicht die Oppositionsführung überlassen. Sie haben den  
9 politischen Diskurs bereits viel zu sehr bestimmt. Deswegen liegt jetzt die Verantwortung der SPD  
10 darin, echte, linke Alternativen zu einer voraussichtlich konservativen und wirtschaftsliberalen  
11 Regierungspolitik aufzuzeigen und im Hinblick auf die nächste Wahl Mehrheiten für eine  
12 progressive, linke Politik zu organisieren.

13  
14 Wir begrüßen deshalb die Absage des Bundesvorstandes an eine neue Große Koalition. Diese  
15 Absage muss auch im Falle drohender Neuwahlen gelten, sollte keine „Jamaika“-Koalition  
16 zustande kommen, oder für den Fall, dass die Union die Kanzlerin auswechselt, um der SPD den  
17 Einstieg in die Große Koalition zu erleichtern. Auch nach einem möglichen Scheitern einer  
18 Koalition aus Union, Grünen und FDP im Laufe der Legislaturperiode muss gelten: Die SPD  
19 nimmt in dieser Legislaturperiode keine Verhandlungen zur Bildung einer neuen Großen Koalition  
20 auf und führt die Opposition im neuen Bundestag an.

21  
22 Folgende Überlegungen stehen dabei im Mittelpunkt:

- 23
- 24 • Eine große Koalition muss bei der Bildung einer Regierung eine Ausnahme darstellen. Die  
25 dritte Große Koalition in zwölf Jahren würde diese Ausnahme zu einer Regel werden  
26 lassen. Dies würde die Opposition weiter degradieren und marginalisieren – mit  
27 entsprechenden Auswirkungen auf das Parteiensystem, die Verortung der Parteien und  
28 die politische Kultur.
  - 29 • Aus dem Wahlergebnis vom 24.09. leiten wir ab, dass eine Mehrheit der Wähler\*innen  
30 eine weitere Regierungsbeteiligung der SPD nicht wünscht.
  - 31 • Träte die SPD in dieser Legislaturperiode in die Regierung ein, würde die AfD stärkste  
32 Oppositionspartei. Die Opposition würde von einer rechtsradikalen Partei angeführt. Das  
33 kann und darf die SPD nicht zulassen.
  - 34 • Die Reaktionen auf die Nominierung von Martin Schulz haben gezeigt, dass viele  
35 Menschen hungrig sind auf eine neue Politik: emanzipatorisch, europäisch, weltoffen.

- 36 Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Und das können wir nur in der Abgrenzung von einer  
37 Regierung, die europäische Errungenschaften in Frage stellt, nicht als Teil einer solchen.
- 38 • In diesem Jahr sind viele Menschen unserer Partei beigetreten – zuletzt fast tausend in  
39 der Wahlnacht. Diesen Schritt haben sie auch getan, weil sie eine weitere Kanzlerschaft  
40 der Union unter unserer Regierungsbeteiligung ablehnen. Sie bereichern unsere Partei mit  
41 frischen Ideen und beleben die Art und Weise, wie wir in der SPD diskutieren. Diesen  
42 Menschen wollen wir eine politische Heimat sein.
  - 43 • Wir haben in den letzten Jahren im Bund und in vielen Ländern regiert, wir haben  
44 sozialdemokratische Inhalte durchgesetzt, wir haben Debatten geprägt. Dennoch sind  
45 unsere Gestaltungsoptionen eingeschränkt wie selten, sind unsere Wahlergebnisse nicht  
46 die, die wir für uns beanspruchen. Opposition ist in dieser Situation nicht „Mist“, sondern  
47 die einzig rationale Entscheidung.

48  
49 Die Geschichte hat immer gezeigt, dass die SPD an der Spitze der gesellschaftlichen Entwicklung  
50 stehen muss: gleiche Rechte für Männer und Frauen, die menschlichere Gestaltung der  
51 Arbeitswelt, die Überwindung von Grenzen und die Verbesserung der Lebenswirklichkeit aller  
52 Menschen. All das haben wir erreicht, daran müssen wir anknüpfen! Wir haben eine  
53 Verantwortung, die wir nur dann übernehmen können, wenn wir uns nicht weiterhin durch eine  
54 Beteiligung an der großen Koalition marginalisieren lassen.

55  
56 Die voraussichtlich letzte Amtszeit der Kanzlerin wird nicht die Zeit sein, die dafür notwendigen  
57 Debatten aus der Regierung heraus zu führen – wir werden und wollen die gesellschaftliche  
58 Veränderung vorantreiben, die die Konservativen nicht unterstützen. Wir wollen die Opposition!  
59 Alleine mit dem Gang in die Opposition wird die SPD jedoch verlorene Glaubwürdigkeit nicht  
60 wieder zurückholen können. Dies kann nur mit einem echten Neuanfang funktionieren – sowohl in  
61 inhaltlicher als auch in personeller Hinsicht.

62  
63 Wir wollen für unseren Gesellschaftsentwurf Mehrheiten finden und nicht unsere Programmatik  
64 nach mutmaßlichen Mehrheiten und dem größtmöglichen Konsens mit der Union ausrichten.  
65 Unsere linken, progressiven Ideen werden wir nur mit Gesichtern glaubwürdig vertreten können,  
66 die nicht untrennbar mit der Agenda-Politik und/oder der Großen Koalition und ihren  
67 Kompromissen verbunden sind. Dies muss sich bei den anstehenden Wahlen in der Fraktion und  
68 der Partei widerspiegeln.

69  
70 Vom Parteivorstand muss deshalb über den Ausschluss einer Großen Koalition hinaus ein klares  
71 Signal ausgehen, dass Konsequenzen aus dem schlechtesten Bundestagswahlergebnis der SPD  
72 in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gezogen werden und die Verantwortung für  
73 diese Niederlage übernommen wird. Der SPD muss es bei den Parteivorstandswahlen im  
74 Dezember gelingen, das Signal eines echten Neuanfangs zu senden.

75  
76 Der neue Vorstand muss der unverzichtbaren personellen und inhaltlichen Neuaufstellung der  
77 SPD gerecht werden und darf in seiner Gesamtheit nicht als untrennbar verbunden mit den  
78 Agenda- und GroKo-Zeiten empfunden werden. Die Neuwahl des Vorstands sowie der Prozess  
79 der Neuaufstellung der SPD müssen mit breitestmöglicher Mitgliederbeteiligung stattfinden. Dazu  
80 gehört auch die Urwahl des Parteivorsitzes, beispielweise ähnlich Labour in Großbritannien.

81